



**mouvement
écologique**

Datacenter Google in Bissen: Mouvement Ecologique fordert volle Transparenz und strengere Klimaauflagen vom Umweltministerium

Im Rahmen der öffentlichen Anhörung zum Datacenter in Bissen wies der Mouvement Ecologique bereits vor einigen Wochen in einem 31-seitigen Schreiben auf fundamentale Probleme hin, die mit der Google-Anlage verbunden sind. Heraus stach z.B., dass Google in Luxemburg ein weitaus weniger effizientes Zentrum zu errichten plant, verglichen mit ihrem eigenen Standard (!) und dem technisch Machbaren. Der Energieverbrauch des Datacenters in Bissen würde letztlich jenem aller privaten Haushalte zusammen in Luxemburg gleichkommen. Doch die Liste der Mängel ist noch weitaus länger: Einsatz von umweltbelastenden und äußerst lärmintensiven Dieselmotoren statt Batterien; keine Nutzung der Abwärme, nur sehr marginale Produktion von Solarenergie u.a.m.

Gewusst ist derzeit nicht, wie es im Dossier weitergehen wird. Um mehr Transparenz einzufordern, richtete der Anwalt des Mouvement Ecologique nunmehr ein umfassendes Schreiben an den Umweltminister.

Geheimhaltungsklausel seitens Google aus rechtlicher Sicht nicht zulässig

Die „Geheimhaltung“ von bestimmten Daten, – insbesondere zur Energie- und CO₂-Bilanz – die der Konzern im Rahmen der öffentlichen Prozedur beansprucht, widerspricht laut der fachlichen Analyse geltendem Recht. Denn die von Google geforderte Geheimhaltungsklausel beinhaltet genau jene Informationen, die für die öffentliche Bewertung des Projektes entscheidend sind: Energiebedarf, Emissionen sowie Berechnungen zur Klimabilanz. Solche Daten dürfen nicht als Geschäftsgeheimnis eingestuft werden, sondern sind von erheblichem öffentlichem Interesse.

Gemäß Luxemburger Recht, u.a. demjenigen betreffend den Zugang zu umweltrelevanten Informationen, darf eine Geheimhaltungsklausel in der Tat nicht dazu genutzt werden, um Bürger:innen wesentliche Umweltfolgen eines Projekts vorzuenthalten. Dies ist aber bis dato der Fall, denn gerade diese Unterlagen lagen nicht in der öffentlichen Anhörung aus! Dieses Manko muss seitens des Ministeriums behoben werden. Aus diesem Grund hat der Mouvement Ecologique eine Annullierung der öffentlichen Anhörungsprozedur gefordert.

Offenlegung aller Stellungnahmen von Behörden

Darüber hinaus fordert der Mouvement Ecologique die Offenlegung sämtlicher Stellungnahmen von Ministerien und Verwaltungen, die im Rahmen des Umweltprüfungsverfahrens abgegeben wurden. Nur so kann nachvollzogen werden, welche Risiken staatlicherseits identifiziert, welche Bedenken bestehen und welche Auflagen diskutiert werden. Auch diese Dokumente unterliegen der in diversen Gesetzen verankerten Veröffentlichungspflicht.

Valorisierung der Wärme statt Belastung des Klimas

Google würde gemäß derzeitigen Planungen erhebliche Mengen an Abwärme in die Luft stoßen, statt dass sie sinnvoll eingesetzt werden. Moderne Rechenzentren aber speisen ihre anfallende Wärme bereits in Fernwärmenetze ein und versorgen damit Wohnviertel, öffentliche Gebäude oder Industrieanlagen.

Mit der abfallenden Wärme von Google in Bissen könnten Ettelbrück, Diekirch sowie angrenzende Betriebe versorgt werden. Diese wichtige Energie einfach an die Umwelt abzugeben - und somit zur Klimakatastrophe beizutragen – anstatt sie sinnvoll einzusetzen, ist absolut widersinnig.

Von offizieller Seite wird nicht bestritten, dass die Nutzung von Abwärme wichtig und sinnvoll wäre. Angeführt wird jedoch, Google könnte diese Verwendung nicht vorgeschrieben werden, da Luxemburg noch nicht über ein Wärmegesetz verfügt, das dies explizit regeln würde. Dem widerspricht nun der Anwalt des Mouvement Ecologique im Schreiben an den Minister. Die bestehende Gesetzgebung schreibt es derzeit sogar vor, derartige Auflagen im Rahmen der Vorgabe der „meilleure technologie“ zu erteilen. Die Verpflichtung, die Abwärme zurückzugewinnen und effizient zu nutzen, besteht demnach nach Ansicht des Mouvement Ecologique, dies im Sinne einer zeitgemäßen und verantwortungsvollen Energiepolitik.

Angesichts steigender Energiepreise und einer sich zuspitzenden Klimakatastrophe, aber auch der internationalen Verpflichtungen Luxemburgs, ist es absolut nicht mehr vertretbar, große Mengen an Wärme ungenutzt an die Umwelt abzugeben. Gerade ein Konzern wie Google muss höchsten Standards in den Bereichen Energieeffizienz und Nachhaltigkeit gerecht werden.

Umgang des Umweltministeriums mit Einwänden öffentlich bekanntmachen

Derzeit analysiert das Umweltministerium die Einwände, die im Rahmen der öffentlichen Prozedur zur strategischen Umweltprüfung eingereicht wurden. Daraufhin wird Google informiert, ob sie Verbesserungen an der Anlage / am Dossier durchführen müssen oder nicht, und wenn ja, welche. Diese Analyse des Umweltministeriums ist natürlich zentral für die Fortentwicklung des Dossiers. Sie muss spätestens 80 Tage nach Ablauf der öffentlichen Prozedur (was am 27. März der Fall war) an Google gerichtet werden. Da es sich hierbei um ein öffentliches Dokument handelt, wurde auch dessen Übermittlung im Schreiben des Anwalts des Mouvement Ecologique nachgefragt.

Aus Sicht des Mouvement Ecologique stellt das Projekt in Bissen deshalb eine grundsätzliche Weichenstellung für Luxemburg dar. Die Entscheidung wird zeigen, ob das Land bereit ist, bei der Ansiedlung großer Technologiekonzerne konsequent auf Transparenz, Energieeffizienz und Klimaschutz zu setzen. Der Mouvement Écologique fordert daher eine umfassende öffentliche Debatte sowie eine transparente und wissenschaftlich fundierte Prüfung aller Klima- und Umweltfolgen, bevor eine endgültige Genehmigung erteilt wird. Man darf gespannt sein auf die Antworten des Umweltministers.

12.05.2026